Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1878

19.6.1878 (No. 143)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 19. Juni.

№ 143. Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei. 1878.

Amtlicher Theil.

Mittelst Allerhöchster Kabinetsordres vom 8. d. Mts. ist Folgendes bestimmt worden:

Der Premierlieutenant v. Zastrow vom 2. Badischen Grenadier-Regiment Kaiser Wilhelm Nr. 110 wird unter Belassung in seinem Kommando als Adjutant bei der 25. Infanterie-Brigade als ältester Premierlieutenant in das 3. Großherzoglich Hessische Infanterie-Regiment (Leib-Regiment) Nr. 117 versetzt.

Befördert werden:

Vom 2. Badischen Grenadier-Regiment Kaiser Wilhelm Nr. 110 der Secondelieutenant v. Langsdorff I. zum Premierlieutenant;

vom 4. Badischen Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm Nr. 112 der Unteroffizier Baron v. Neufforge zum Portepeefähnrich;

vom 1. Bataillon (Gerlachsheim) 2. Badischen Landwehr-Regiments Nr. 110 der Vicefeldwebel Lauer zum Secondelieutenant der Reserve des 3. Badischen Infanterie-Regiments Nr. 111;

vom 2. Bataillon (Heidelberg) 2. Badischen Landwehr-Regiments Nr. 110 die Secondelieutenants von der Landwehr-Infanterie Bando, Betz I. und Kredell zu Premierlieutenants und der Vicefeldwebel Burkhardt zum Secondelieutenant der Reserve des 4. Großherzoglich Hessischen Infanterie-Regiments (Prinz Karl) Nr. 118;

vom 2. Bataillon (Karlsruhe) 3. Badischen Landwehr-Regiments Nr. 111 der Secondelieutenant Graebener von der Reserve des 3. Badischen Infanterie-Regiments Nr. 111 und

vom 1. Bataillon (Freiburg) 5. Badischen Landwehr-Regiments Nr. 113 der Secondelieutenant von der Landwehr-Infanterie Fischer zu Premierlieutenants.

Vom 4. Badischen Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm Nr. 112 wird dem Premierlieutenant v. Knorr der Abschied mit der gesetzlichen Pension bewilligt.

Vom Kurmärkischen Dragoner-Regiment Nr. 14 erhalten die Genehmigung zur Anlegung fremdherrlicher Orden:

1. der Oberst und Regiments-Commandeur v. Gottberg für das Commandeur-Kreuz des Königlich Belgischen Leopold-Ordens,

2. der Major und Escadron-Chef Frhr. v. Reichlin-Meldegg für das Offizier-Kreuz und

3. der Secondelieutenant und Regiments-Adjutant Nehring für das Ritter-Kreuz desselben Ordens.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† Berlin, 18. Juni. Seine Majestät der Kaiser verbrachten die vergangene Nacht mit geringen Unterbrechungen in ruhigem Schlaf.

† Berlin, 17. Juni. Die „Post" hört von einer Verordnung des Kultusministers, wonach mit Rücksicht auf die Reichstags-Wahlen die Sommerferien der Schulen am 29. Juni beginnen und am 28. Juli endigen sollen.

† Berlin, 16. Juni. Eine von Socialdemokraten einberufene Versammlung sollte heute um 10½ Uhr unter den Zelten Nr. 4 statthaben. Die „Berliner Freie Presse" machte in ihrer heute erschienenen Nummer diese Versammlung als „Versammlung socialistischer Wähler Berlins" bekannt. Thatsächlich war jedoch die Versammlung bei dem Wirth des Lokales als „Vereinsversammlung" angemeldet worden und die Polzei war genöthigt, die Volksversammlung, welche an Stelle der Vereinsversammlung abgehalten werden sollte, zu verbieten. Die in großer Zahl Versammelten nahmen von dem Verbot Kenntniß, nicht ohne ihrer verbissenen Wuth Luft zu machen. Der Haufe zog dann zu dem nebenanliegenden Lokal „Zelt Nr. 3" hinüber. Aber hier erklärte der Inhaber der Restauration, „daß er nicht gewillt sei, jetzt Bier zu verschänken." Die Polizei benahm sich den Massen gegenüber eben so energisch als taktvoll.

† Wien, 17. Juni. Im Abgeordnetenhaus erklärte der Ministerpräsident Fürst Auersperg in Beantwortung einer Interpellation betreffs Ermordung dalmatinischer Einwohner durch Türken: Die Regierung that bereits die energischsten Schritte zur Erlangung voller Genugthuung. — Das Haus nahm darauf in dritter Lesung das Einführungsgesetz zu den Ausgleichsgesetzen an, womit letztere im Abgeordnetenhause vollständig erledigt sind.

† London, 17. Juni. Der „Standard" erfährt, England beabsichtige, Portugal in Betreff der Abtretung der Delagoa-Bai zu sondiren, weil die Cap-Regierung den Besitz des Platzes für sehr wichtig erachtet.

Der Kongreß.

† Berlin, 17. Juni. Die heutige Kongreßsitzung begann um 2 Uhr. Der Anfahrt der Delegirten, welche diesmal schwarzen Anzug trugen, wohnte abermals eine große Menschenmenge bei. Die Sitzung dauerte bis kurz vor 5 Uhr. Gortschakoff war in derselben anwesend.

† Berlin, 17. Juni. Von einer bestimmt festgestellten gedruckten Tagesordnung für die Kongreßsitzungen kann nicht die Rede sein, da die bezüglichen Punkte der Diskussion sich vorher nicht genau feststellen lassen, auch den Kongreßmitgliedern keinerlei Beschränkung bezüglich der von ihnen vorzubringenden Gesichtspunkte und Beziehungen auferlegt werden kann.

† Berlin, 17. Juni. Die „Nordd. Allg. Ztg." bezeichnet die Zeitungsnachrichten über ein angebliches Programm für die heutige Sitzung des Kongresses und über eine angeblich den Kongreßmitgliedern zugegangene gedruckte Vorlage des Fürsten Bismarck auf Grund zuverlässiger Mittheilung als erfunden, es zugleich für rathsam erklärend, allen Mittheilungen über den Gang der Kongreßverhandlungen vollständiges Mißtrauen entgegenzusetzen. Bei dem an die Versammlung gerichteten Gebot strengster Diskretion hieße es die Loyalität der Kongreßmitglieder wie der mit dem Kongreß in Verbindung stehenden Beamten in Frage stellen, wenn man annehmen wollte, daß diesem Ehrengebote entgegen so genaue Mittheilungen in die Oeffentlichkeit dringen könnten, als einzelne Blätter zur Befriedigung ungeduldiger Neugier ihren Lesern bringen zu müssen glaubten. Zeitungen von ernsthaftem politischem Ruf, die auf die Wahrung desselben Werth legten, würden sich gewiß mit richtigem Taktgefühl der Wiedergabe der Kongreßmythen enthalten, mit denen die auf den Geschmack eines unpolitischen Publikums berechnete Tagespresse ihre Spalten fülle.

† Berlin, 17. Juni. Die „Nordd. Allg. Ztg." meldet: Gestern früh erhielt der hier weilende Präsident des montenegrinischen Senates Petrowitsch folgendes Telegramm seines Fürsten aus Cettinje: Ich habe Sie wiederholt von feindlichen Bewegungen der an unserer militärischen Grenzlinie befindlichen ottomanischen Truppen benachrichtigt; der Pascha von Skutari ertheilte indessen in dieser Beziehung auf unsere Reklamationen stets beruhigende Versicherungen. Erst vorige Woche versicherte derselbe dem Woiwoden von Vrbitza gegenüber, es liege ihm nichts ferner, als uns auf irgend eine Weise zu behelligen. Gestern (den 15.) setzte jedoch eine bedeutende Anzahl Türken über die Bojana und drang auf unsere Vorposten ein, welche sich zurückziehen mußten. Sogleich wurden unsererseits die zunächst verfügbaren Truppen zur Abwehr geschickt; es entbrannte ein heftiger Kampf, der noch immer andauert. — Man beeilte sich, die Nachricht den österreichischen Kongreßbevollmächtigten zu hinterbringen, fand jedoch das Bureau Andrassy's von der Begebenheit bereits vollkommen informirt. Nach diesen Informationen ist konstatirt, daß die Türken der angreifende Theil waren und daß der Angriff durch keinerlei montenegrinische Provokation hervorgerufen wurde. Indessen glaubt man annehmen zu können, daß dabei kein reguläres türkisches Militär betheiligt war. Ueber den bisherigen Verlauf des Gefechts verlautet, es sei den Montenegrinern gelungen, die türkischen Eindringlinge von weiterem Vordringen abzuhalten und ihnen einen Verlust von mehreren Todten, Verwundeten und etwa 60 Gefangenen zuzufügen. Was den im Eingange der Depesche des Fürsten von Montenegro erwähnten Umstand betrifft, so hatte man in Cettinje sichere Kunde darüber, daß der Pascha von Skutari Alles versucht, um unter der innerhalb des montenegrinischen Militärrayons befindlichen Bevölkerung einen Aufstand hervorzurufen; man klagte darüber wiederholt beim österreichischen Auswärtigen Amt, wo man der Sache jedoch keine ernste Bedeutung beizulegen schien. Einige Wiener Blätter beschuldigten sogar die Montenegriner aggressiver militärischer Vorbereitungen und Bewegungen. Es ist wohl klar, daß man in Cettinje von Anfang an den richtigen Blick hatte. Nicht unmöglich ist, daß die österreichischen militärischen Maßregeln in Dalmatien von der Türkei mißdeutet wurden und diese Mißdeutung sie zu sanguinischen Hoffnungen aufmunterte. Wenn dies der Fall, so unterliegt es keinem Zweifel, daß man österreichischer Seits nicht verabsäumen wird, die lästigen Störenfriede eines Besseren zu belehren.

— Ein Spezial-Berichterstatter der „Köln. Z." schreibt: Ueber die erste Kongreßsitzung kann ich mit Bestimmtheit so viel berichten, daß außer Fürst Bismarck und Graf Andrassy Lord Beaconsfield gesprochen hat. Der Inhalt seiner Rede wird freilich in so allgemeinen Umrissen angegeben, daß er der Wiedergabe kaum verlohnt. Gegen Schluß bemerkte ein Mitglied, wahrscheinlich ein englisches, in einer späteren Sitzung werde es die Zulassung Griechenlands sowie der übrigen drei orientalischen Kleinstaaten beantragen, worauf ein anderes Mitglied, vielleicht ein russisches, erwiderte, jene letztgenannten Staaten seien noch nicht souverän. Des Weitern wurde alsdann die Haltung besprochen, welche der Kongreß der Presse und dem Publikum gegenüber annehmen solle. Weitreichende und mit andern in Verbindung stehende Fragen, wie z. B. diejenige über die Abgrenzung der Bulgarei, sollen streng geheim gehalten werden. Der Diskretion der einzelnen Theilnehmer ist es dagegen anheimgestellt, Fragen, die für sich etwas Abgeschlossenes darstellen, nach ihrem Belieben zu veröffentlichen oder geheim zu halten. Die Sitzungsprotokolle sollen dagegen jedenfalls erst nach Schluß des Kongresses veröffentlicht werden, damit man die ersten mit Rücksicht auf die folgenden nachredigiren könne. Es war namentlich Fürst Bismarck, der die Geheimhaltung vertrat. Doch wird dieselbe mannichfach unpraktisch und unbequem befunden, deßhalb, weil in Ermangelung wahrer Nachrichten leicht falsche auftauchen. Nicht unwahrscheinlich ist daher, daß auf Antrag mehrerer Bevollmächtigter die eingegangenen Geheimnißversprechen noch gemildert werden. So weit, was mit Bestimmtheit über den Inhalt der Donnerstags-Sitzung verlautet. Ob die Geschäftsordnung bereits zur Sprache gekommen ist, vermochten wir nicht festzustellen, möchten es aber bezweifeln. Es heißt, daß Deutschland unter den auf die Orientfrage bezüglichen Verträgen auch den von San Stefano gleichsam als einen Entwurf vorlegen werde. So viel ließe sich alsdann jetzt schon über den Gang der Verhandlungen hinzufügen, daß ein großer Theil der Kongreßsitzungen allem Anschein zufolge nur den Zweck haben wird, schon bestehende fertige Thatsachen gutzuheißen, sintemal ein gut Stück Arbeit sich in Einzelbesprechungen, gleichsam willkürlichen Kommissionsberathungen, außerhalb des Radziwill'schen Palais vollziehen wird. Vielleicht wird über diese Privatbesprechungen kein ganz so strenges Geheimniß beobachtet werden, jedenfalls gibt es einige äußere Anzeichen, aus denen man vielleicht auf die Haltung jeder einzelnen Macht schließen darf. Deutschland wird von Allen in erster Linie angegangen, behauptet sich aber strenge in seiner Rolle als vermittelnde Macht, England trägt eine seltsam zuversichtliche Haltung zur Schau, als ob Alles, was strittig war, bereits geregelt sei, die Türkei, um deren Schicksal es sich ja eigentlich handelt, steht im Augenblick fast außerhalb der Parteien, Italien und mehr noch Frankreich zeigen sich äußerst zurückhaltend, und so war es während der letzten Tage vorwiegend Graf Andrassy, der bald mit Rußland, bald mit England unterhandelnd noch am meisten vor Beginn der eigentlichen Kongreßsitzungen erledigen zu wollen schien. Der Ansicht, daß Oesterreich sich durch das angebliche Einvernehmen zwischen England und Rußland einigermaßen bedrückt fühle, wird dagegen von österreichischer Seite ganz entschieden entgegengetreten. Man behauptet, mit England eben so handelseinig zu sein, wie England mit Rußland; nicht Oesterreich stehe vereinzelt da, sondern, wenn man überhaupt von einer Vereinzelung sprechen wolle, eher noch Rußland. Da die giltige Entscheidung eines Kongresses allemal Einstimmigkeit erheische, — dies ist wohl zu beachten — so könne Rußland gar nicht überstimmt werden, es besitze für die ganze Dauer des Kongresses eine leichte Handhabe, sein Ergebniß wieder umzustürzen. Somit blieben drei Möglichkeiten für Rußland, entweder es füge sich dem Willen Europa's, oder es greife zum Schwert, oder endlich es stelle das ganze Friedenswerk vermittelst der obigen Handhabe wieder in Frage und lasse die Sache nach dem Bismarck'schen Ausdruck versumpfen. Diese letztere Lösung würde für Oesterreich selbst sowohl wie für das friedensbedürftige Europa die schlimmste sein, weil sich auf diese Weise mehrere Mächte vielleicht Jahre lang Gewehr bei Fuß gegenüberstehen könnten.

— Nicht ohne Interesse ist, was derselbe Berichterstatter über die Abgesandten Montenegro's und deren Intentionen mittheilt:

Wenn Serbien seine Vergrößerungssucht offen und frei mit nationalem Ehrgeiz begründet, so treten darum, wenigstens anscheinend, desto bescheidener die Montenegriner auf. Das tapfere Räubervölkchen hat in den HH. Petrowitsch und Radonitsch zwei Vertreter hieher gesandt, die, mit westeuropäischem Schliff und fließendem Französisch alle natürliche Diplomatenschlauheit eines jungen Volkes vereinigend, ihrem Zwecke kaum besser entsprechen würden, wenn sie anstatt in den Schwarzen Bergen auf dem glatten Parquet der Seine-Hauptstadt das Licht der Welt erblickt hätten. Dabei mag der nicht ganz mit den Verhältnissen der Balkanhalbinsel vertraute Leser sich alle diese Vertreter orientalischer Kleinstaaten durchaus nicht im Nationalkostüm, etwa den Dolch und die Pistolen im Gürtel, vorstellen. Selbst Fürst Nikita hat sich unseres Wissens in Berlin nur einmal — es war gerade Karneval — erlaubt, in diesem Aufzuge zu erscheinen. Seine Abgesandten aber würde nur das geübte Auge vielleicht an der etwas dunkleren Farbe der Haut und dem eigenthümlichen Schnitt der Züge als Orientalen zu unterscheiden vermögen. Ihr Hauptraisonnement geht dahin, daß die Montenegriner wegen des starken Anwachsens der Bevölkerung vor Hunger sterben oder immer und immer wieder neue Kriege aufsuchen müßten, wenn man ihnen nicht die Möglichkeit gewähre, entweder selbständig ihr Brod dem Boden abzuringen oder doch durch einen Hafen mit der Außenwelt in Verbindung zu treten. Nachdem es beim Einbruch der Türken in die Gebirge geflüchtet, habe das Völkchen der fortwährenden Kriege bedurft — nur einmal sei während fünfzehn Jahren Friede gewesen —, um sich durch die Wegnahme von Heerden und Getreide den nöthigen Lebensunterhalt zu sichern. Man habe sie daher ein Volk von Räubern gescholten und sie sähen selbst ein, daß die Geschichte bei dem gegenwärtigen Stande der Civilisation in der früheren Weise nicht mehr fortgetrieben werden könne. Mit aller Energie ihres jugendlichen Charakters strebten die Montenegriner nach Bildung und Entwicklung. Seit der obligatorische Volksunterricht eingeführt worden, sei es schwer, Jemanden von der jüngeren Generation zu finden, der nicht lesen und schreiben könne. Ein wenig Land zum Ackerbau, sowie vor Allem ein Hafen, vermittelst dessen sich vielleicht ein wenig Handel

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

und Industrie entwickeln könne, sei Alles, was sie wünschten. Auf ein größeres Stück der Herzegowina, außer Nikfitsch und dem Dugapaß schienen die Montenegriner kaum zu hoffen, am liebsten möchten sie ihr Land in der Richtung nach Altserbien hin ausdehnen. Doch das sei im Augenblick unmöglich. Bestimmt aber hofften sie auf die Zuerkennung von Antivari. Zwar besitze der ganze Küstenstrich bis zu österreichischem Gebiet keinerlei Hafen, der von Rechtswegen diesen Namen verdiente; Antivari sei aber noch immerhin der beste, und gern wollten sie alle möglichen Garantien dafür geben, daß Antivari nimmermehr ein Schmuggelplatz oder ein Ausfallthor fremder Flotten sein werde. Welcher Art diese Garantien sein sollten, das müßten freilich die westeuropäischen Mächte selbst feststellen. Von den Miriditen schienen die Montenegriner nicht viel Gutes zu erwarten und eine Aufnahme dieses Völkchens in den montenegrinischen Staatsverband für undenkbar zu halten.

Deutschland.

Berlin, 16. Juni. Die jüngsten Veröffentlichungen des „Globe" über das englisch-russische Abkommen werden hier selbst in bestunterrichteten russischen Kreisen inhaltlich, wenn auch nicht der Form nach, für authentisch gehalten. Parallel hiermit will Oesterreich ein ähnlich formulirtes Uebereinkommen mit England entweder schon getroffen haben oder noch damit beschäftigt sein. Die bestrittenen Forderungen Rußlands im Osten der Balkan-Halbinsel würden Oesterreich und England gemeinsam, diejenigen im Westen Oesterreich allein bekämpfen. Tiefes Schweigen wird dagegen über Oesterreichs Verhältniß zu Rußland beobachtet. Russische und türkische Bevollmächtigte haben noch kaum miteinander verkehrt. Gegen politisch-militärische Zumuthungen, namentlich in der Festungsfrage, zeigen sich die Türken sehr zurückhaltend. Ein Militärkompromiß ist, wie bestimmt versichert wird, noch nicht erörtert worden, wird aber nebst der bulgarischen Grenzfrage den Hauptgegenstand der nächstbevorstehenden Kongreßverhandlungen bilden. Private Vorbesprechungen, die nahezu die Hauptsache bilden werden, haben sich seither vorwiegend mit der allgemeinen Gruppirung der Mächte beschäftigt. Ueber die Zulassung der Kleinstaaten kann ich Folgendes als authentisch mittheilen: Alle vier Staaten haben schriftlich eine Bitte um Zulassung eingereicht, noch aber ist nichts entschieden; alle vier bereiten Denkschriften vor, aber keine solche ist bisher überreicht worden. Rumänien im Besonderen wird sein Memorandum erst ausarbeiten, wenn die Haltung der Mächte den rumänischen Forderungen gegenüber offenkundig geworden ist. Daß Rumänien schon halbwegs abschläglich beschieden worden sei oder sonstwie schlechte Aussichten habe, kann ich laut Quellen, die genau darüber Bescheid wissen, förmlich dementiren. Die meiste Aussicht behufs Zulassung hat freilich Griechenland; selbst bei Zulassung aber werden die Kleinstaaten nur gehört werden, keineswegs Mitglieder des Kongresses sein, was der Einladungsformel widersprechen würde.

β **Berlin**, 17. Juni. Die heutige zweite Sitzung des Kongresses, welche die erste wirklich berathende ist, hatte in den vertraulichen Vorbesprechungen der letzten Tage eine, wie man annehmen kann, sehr erhebliche und förderliche Vorbereitung gefunden. Diese Vorbesprechungen, bei welchen auch wohl vorzugsweise die Vermittelung in vertraulicher Weise zur Geltung kommt, dürften von eben so großer Bedeutung sein, wie die formellen Verhandlungen selbst. Alle Angaben über die voraussichtliche Dauer des Kongresses sind in dem jetzigen Stadium durchaus gewagt und ohne höheren Boden; jedoch ist der Wunsch einer möglichst raschen Beendigung auf allen Seiten vorhanden.

In Bezug auf den Termin für die Einberufung des Reichstags und auf die demselben zu unterbreitenden Vorlagen haben noch keine abschließenden Erörterungen in den maßgebenden Kreisen stattgefunden. Bei der Rücksicht auf diese Sachlage kann auch der Beginn der Ferien für den Bundesrath noch nicht angegeben werden.

Nachdem die Verhandlungen zwischen der Reichsverwaltung und dem preußischen Staatsministerium, namentlich dem Justizministerium, über die Rechtsanwalts-Ordnung zum Abschluß gelangt sind, wird sich am 18. d. der Ausschuß des Bundesraths für Justizwesen unter Vorsitz des Staatssekretärs Friedberg mit diesem Gegenstande beschäftigen. Das Resultat der vorerwähnten Verhandlungen ist als durchaus günstig für das Schicksal der Vorlage im Bundesrath und Reichstag zu bezeichnen.

In einem Erlaß des Handelsministers werden die Handelskammern und kaufmännischen Korporationen auf die Pflicht aufmerksam gemacht, in ihren Kreisen die Erkenntniß zu verbreiten, daß der Stand der Arbeitgeber nicht nur eine dringende patriotische Anforderung erfüllt, sondern auch seinen eigensten Interessen dient, wenn er den natürlichen Einfluß, welchen er auf die Arbeiter auszuüben vermag, in entschiedener und planmäßiger Weise dazu benützt, um, selbst unter Hintansetzung augenblicklicher Geschäftsinteressen, die socialdemokratische Agitation zu bekämpfen. Namentlich macht der Minister aufmerksam, daß jeder Arbeitgeber im Stande ist, durch gehörige Beaufsichtigung der Arbeitsräume dafür zu sorgen, daß das Zusammensein der Arbeiter in den letzteren nicht zum Vertheilen oder Vorlesen von socialdemokratischen Zeitungen oder Schriften gemißbraucht werde und daß solche Elemente, welche die socialdemokratische Lehre zu verbreiten suchen, aus den Fabriken und Werkstätten entfernt werden.

Durch allerhöchste Kabinetsordre vom 28. Mai ist das Panzer-Fahrzeug „Prinz Adalbert" aus den Listen der Kriegsschiffe gestrichen.

Dem Chef der Admiralität sind für die auf dem „Großen Kurfürst" Verunglückten 28,909 M. überreicht worden, darunter 10,000 von Krupp in Essen und eine gleiche Summe von der Aachen-Münchener-Feuerversicherungs-Gesellschaft. Diese Gaben sind der Marinestiftung „Frauengabe" in Berlin-Elberfeld zur Verwendung im Sinne der Wohlthäter überwiesen worden.

Mit dem 5. Juli tritt der Postvertrag zwischen Deutschland und Peru vom 11. Juni 1874 außer Kraft. Kanada tritt mit dem 1. Juli d. J. in den allgemeinen Postverein.

Auf Grund der von den Direktivbehörden eingesandten Einnahmeübersichten hat der Ausschuß des Bundesraths für Rechnungswesen eine vorläufige Feststellung der Zölle und Verbrauchssteuern, welche die zum Zollgebiet des Reichs gehörigen Staaten an die Reichskasse für das Jahr 1877/78 abzuführen haben, bewirkt. Danach sind folgende Einnahmen zu verzeichnen: a. an welchen sämmtliche Bundesstaaten theilnehmen: Zölle 99,497,055 M. 69 Pf., Rübenzucker-Steuer 45,401,137 M. 79 Pf., Salzsteuer 34,623,875 M. 18 Pf., Tabaksteuer 873,787 M. 69 Pf., zusammen 180,395,586 M. 35 Pf.; b. Einnahmen, an welchen Bayern, Württemberg und Baden keinen Antheil haben: Branntweinsteuer 36,426,799 M. 46 Pf., dazu Averse der Hansestädte 6,572 M.; c. Einnahmen, an welchen Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen nicht theilnehmen: Brausteuer 15,418,674 M. 31 Pf., dazu an Aversen 2918 M.

Frankreich.

∞ **Paris**, 17. Juni. Gambetta führte gestern in einer im Théâtre des Gobelins abgehaltenen Volksversammlung, in welcher der Gemeinderath und Journalist Ch. Quentin zum Besten der Volksbibliothek des 13. Arrondissements einen Vortrag über „die Geschichte des Buchs" hielt, den Vorsitz und richtete nach diesem Vortrag die übliche Schlußansprache an das Publikum. Dabei sagte er:

Es ist unverkennbar, daß Frankreich seit dem tragischen Sturze, den es auf den Bahnen des Despotismus gethan, nachgedacht, sich gesammelt und mit beharrlichem Reformstreben es dahin gebracht hat, so schnell und lebenskräftig, wie dies unserer Rasse eigen ist, in wenigen Jahren den Frieden nach innen und die Achtung nach außen herzustellen. In dieser doppelten Richtung ist unsere heutige Lage eine gute. Wenn ein ganzes Volk mit sittlichenden Arbeiten beschäftigt ist, wie diejenige, die uns hier vereinigt, können unsere Gegner sich nicht in ihren schlimmen Plänen ermuthigt fühlen. Nein, theuere Mitbürger, gründen Sie nur Schulen, thun Sie sich zusammen, lesen Sie, unterrichten Sie sich, lieben Sie sich unter einander, reichen Sie sich zu vereinter Energie die Hand und wir werden bald mit den ohnmächtigen Trümmern der Vergangenheit aufgeräumt haben. Man hat uns in den letzten Tagen gesagt und mein lieber Kamerad Quentin hat es eben noch wiederholt: „Der Reaktion wachsen wieder die Zähne." Meine Herren! Die Reaktion selbst ist unsterblich; worauf es nur ankommt, das ist, sie in Schranken zu halten und in einen immer engeren und ohnmächtigeren Kreis zu bannen. Dafür mögen Sie auf Ihre Bevollmächtigten rechnen, wie diese auf Sie rechnen. Nur ein Wort noch: Das materielle Wohlergehen ist gesichert, die Republik ruht auf einem allgemeinen Gefühl; sie will nur von Friede und Ordnung nach innen und außen leben. Sie hat keine anderen Gegner als diejenigen, welche die Gegner aller öffentlichen Ruhe sind. Diese sind aber nicht zu fürchten, weil wir unsere Geschäfte am hellen Tage führen, unter den Augen des ganzen Landes, welches uns richtet und mit seiner Zustimmung uns die Kraft gibt, gegen welche keine Gewalt aufkommt. Also Vertrauen und Ausdauer, und seien Sie gewiß, daß die Demokratie dann jeden Tag einen Fortschritt machen wird. Diese Fortschritte aber, welche nicht die Frucht der Leidenschaft, des Zorns oder der Ueberraschung sind, dauern allein und vererben sich auf die spätesten Geschlechter. Meine Herren! Machen wir Zukunftspolitik, machen wir, wie der alte Dichter sagt, Politik für unsere Enkel! (Stürmischer Beifall.)

Die Vertreter der Linken haben heute mit dem Ministerpräsidenten Dufaure die Unterredung gehabt, welche sie unmittelbar vor dem Sessionsschluß bei demselben nachgesucht hatten. Der „National" kann versichern, daß eine vollkommene Verständigung erzielt wurde, was um so erfreulicher sei, als die verschiedensten Punkte, namentlich auch gewisse neuere Akte des Kriegsministers und seiner Organe, zur Sprache gekommen wären. Hr. Dufaure habe sich ganz offen über die Instruktionen ausgesprochen, die er an seine Beamten zu erlassen gedenke.

Wie man dem „Moniteur universel" aus guter Quelle versichert, beabsichtigt das neue belgische Ministerium gewisse Einschränknngen der Unterrichtsfreiheit anzubahnen, so drückt sich nämlich der konservative „Moniteur" aus; richtiger soll es wohl heißen, daß das neue Ministerium den Uebergriffen der Klerikalen auf dem Gebiete des Unterrichts ein Ziel zu setzen gedenke.

Die marokkanische Gesandtschaft ist auf der Rückkehr von Berlin nach ihrer Heimath gestern Abend in Marseille eingetroffen.

Zu dem gestrigen Wettrennen, in welchem um den großen von der Stadt Paris gestifteten Preis von 100,000 Fr. gestritten wurde, war halb Paris und zumal der ganze Strom der Ausstellungsfremden nach Longchamps gezogen. Noch nie hatte dieser Rennplatz ein an Zahl so großes Publikum vereinigt. Das Erträgniß des Eintritts auf den Turfplatz allein belief sich auf 245,000 Fr. In der Präsidialtribüne wohnten der Marschall Mac Mahon, der Schah von Persien, der Herzog von Aosta, die Königin Isabella von Spanien, die Herzogin Clementine von Sachsen-Koburg und mehrere andere Mitglieder der Familie Orleans dem Schauspiele bei. Den großen Preis errang zur allgemeinen Enttäuschung nicht, wie die Kenner fast einstimmig erwartet hatten, das französische Pferd Insulaire des Grafen Lagrange, sondern das englische Pferd Thurio des Fürsten Soltikoff. Der Gewinn betrug mit allen Zuthaten 148,350 Fr.

Die Tischler und Zimmermaler von Nevers haben ihre Arbeiten wieder aufgenommen; dagegen scheint in Lyon ein Strike der Appretirer bevorzustehen und auch in den Gruben des Allierdepartements dauert die Arbeitseinstellung fort und greift sogar noch weiter um sich.

Die Welt-Ausstellung war am gestrigen Sonntag trotz der Anziehungskraft, welche die Rennen von Langchamps auf das Publikum übten, von der stattlichen Anzahl von 122,468 Personen besucht. In dem linken Flügel des Trocadero-Palastes, welcher eine retrospektive Ausstellung der Künste des Auslandes aufnehmen soll, schreiten die Arbeiten in den letzten Tagen merklich vor. Er zerfällt in drei Abtheilungen; die erste wird die egyptische Sammlung des Hrn. Mariette-Bey, die zweite europäische, japanesische und chinesische Alterthümer, die dritte speziell belgische, spanische, schwedische und finnische Kunstgegenstände aufweisen.

Vorgestern wurde im Industriepalaste ein Schachkongreß eröffnet, mit welchem ein Schachturnier verbunden sein wird: Die von der Regierung selbst ausgesetzten Preise bestehen in zwei Kunstgegenständen von 5000, resp. 1800 Fr. und in baaren Preisen von 1500, resp. 1000 Fr.; die beiden ersten Preise sind selbst noch durch die Baarsumme von 1000, resp. 500 Fr. verstärkt. Als Kämpen haben sich, dem „Temps" zufolge, bisher gemeldet; Anderssen und Pritschl (Deutsche), Bird, Blackburne, Gifford und Zuckertort (Engländer), Clerc (Franzose), Rosenthal (Pole), Mackenzie und Mason (Amerikaner).

Großbritannien.

London, 15. Juni. Dem „Daily Telegraph" zufolge haben sich England und Rußland im Allgemeinen über eine Basis verständigt, auf welcher die Ansprüche letzterer Macht auf eine Kriegsentschädigung von der Türkei, und diejenigen der türkischen Staatsgläubiger geregelt werden dürften. Dieser Abmachung zufolge soll das ottomanische Reich jährlich eine Summe von 6 Millionen Lstr. aufbringen, zu welcher die eigentliche Türkei 3½ Millionen Lstr., und Neubulgarien, Bosnien, Thessalien und Epirus 2½ Millionen Lstr. beitragen. Diese Summe soll unter der Aufsicht einer aus Vertretern der Mächte bestehenden Kommission, in welcher Rußland zwei, England, Frankreich, Oesterreich und Italien je eine Stimme haben sollen, kollektirt und vertheilt werden. Von diesen 6 Millionen sollen jährlich 3 Millionen an Rußland gezahlt werden, bis die von der Türkei zu zahlende Kriegsentschädigung liquidirt ist, und 3 an die Bondsbesitzer zur Vertheilung gelangen. Es soll auch ein Tilgungsfond gebildet werden. — Der „Standard" bestätigt, daß Lord Salisbury, bevor er London verließ, verschiedene leitende Bankhäuser Londons und sonstige Finanzkapazitäten der Hauptstadt zu Rathe gezogen hat, um mit ihnen die finanziellen Fähigkeiten und Verhältnisse der Türkei zu besprechen. Dabei wurde in Erwartung der Sanktion des Kongresses die Errichtung einer europäischen Finanzkommission in Aussicht genommen, gleich derjenigen, welche in Egypten besteht. Der Plan scheint die Unterstützung Oesterreichs und Deutschlands für sich zu haben.

Türkei.

Nach einer Mittheilung der „Polit. Korr." aus Konstantinopel ist die Absendung Sadyk Pascha's als erster Kongreßbevollmächtigter unterblieben, weil dieser Umstand „auf einer gewissen Botschaft" die Besorgniß wachrief, der ausgesprochene Freund Frankreichs könnte sich von Waddington allzu sehr beeinflussen lassen. Die Ernennung Karatheodory's erfolgte unter voller Zustimmung des englischen Botschafters Layard, der seinen ganzen Einfluß aufgeboten hatte, um die Wahl eines christlichen Delegirten durchzusetzen und hierbei auch auf den türkischen Botschafter in London, den Griechen Musurus Pascha, hinzuweisen nicht unterließ. Man entschied sich für Karatheodory, weil dessen Anwesenheit in Konstantinopel die Ertheilung von Instruktionen erleichterte. Am Tage vor seiner Abreise wurde Karatheodory Pascha vom Sultan empfangen, der seine Instruktionen in folgenden Worten resumirte: „Mache alle absolut nothwendigen Konzessionen, aber lass' meine Souveränetätsrechte nicht antasten." Von Sadyk Pascha aber erzählt man folgenden Ausspruch: „Es mag gehen wie immer, wir werden auf dem Kongresse die Geopferten sein; es erübrigt uns nichts, als eine möglichst würdige Haltung anzunehmen, um mit Anstand zu sterben." — Ferner schreibt man demselben Blatte unterm 12. d.:

Der eigentliche Grund des plötzlichen und gleichzeitigen Sturzes des Großveziers Mehemed Ruschdi Pascha und des Mahmud Damad Pascha lag in folgenden, noch nicht bekannten und zuverlässig richtigen Vorgängen. Am 2. Juni begaben sich sämmtliche Minister und etliche Marschälle auf das Seraskierat, um daselbst der Verlesung des Berichts der Untersuchungskommission über den Putsch von Tscheragan beizuwohnen. Plötzlich drangen unter Tumult etwa hundert Softas in den Hof des Seraskierates und verlangten stürmisch, den Großvezier zu sprechen. Der Letztere ließ ihrer ein Dutzend in's Vestibule eintreten und da gaben dieselben laut und offen die Erklärung ab, es könne ihm nicht unbekannt sein, daß das Volk die Wiedereinsetzung Murad's und die Wiederberufung Midhat Pascha's verlange; er solle diese Wünsche zur Ausführung bringen. Die anwesenden Minister hörten die kühnen Worte mit Entsetzen. Mehemed Ruschdi gebot den Softas strengen Tones, sich zurückzuziehen, sonst müsse er sie verhaften lassen. Die Führer erwiderten, er werde gut thun, sie nicht anzurühren, denn 10,000 Menschen seien bereit, jedes ihnen zugefügte Uebel zu rächen. Er möge doch an Hussein Avni Pascha (den am 16. Juni 1876 ermordeten Kriegsminister) denken. Der Großvezir war etwas bestürzt über diese Drohung und ließ die lärmendsten der Softas arretiren. Als Alle in den Berathungssaal zurückkehrten, nahm Said Pascha, der Präses der Untersuchungskommission, das Wort und sagte, es sei hoch an der Zeit, mit dem Muradismus ein Ende zu machen, und darum sei eine Proklamation zu erlassen mit der Erklärung, Murad sei wahnsinnig und für immer regierungsunfähig. Mehemed Ruschdi und Mahmud, die, um sich gegenseitig zu stützen, seit etlichen Tagen zusammengingen, erwiderten, das sei unmöglich, da Murad völlig im Besitze seines Verstandes sei. Es wurde trotz langer Debatten kein Beschluß gefaßt, aber Said Pascha hatte nach aufgehobener Sitzung nichts Eiligeres zu thun, als dem Sultan sofort das Geschehene zu melden. Damit war die Absetzung Mehemed Ruschdi's und Mahmud's entschieden. Safvet Pascha, des Ersteren Nachfolger, machte die Uebernahme des Amtes von der Beseitigung des genannten Said Pascha, eines Hauptes der allmächtigen Camarilla, abhängig. Widerstrebend willigte der Sultan ein und ernannte Said zum Gouverneur von Angora. Allein er ist bisher nicht abgereist und man glaubt keineswegs an seine rasche Abreise. — Letzten Freitag überwand endlich der Sultan seine Angst und begab sich in die Moschee Medschidie. Es fiel auf, daß er Osman Pascha im Perron

der Moschee vor der versammelten Menge die Hand drückte. Diesem Letzteren schmeichelt der Sultan überhaupt in demonstrativer Weise, obschon er dessen ihm keineswegs gewogene Gesinnung kennt. Der Sultan wünscht in der Umgebung der Hauptstadt eine möglichst große Macht anzuhäufen, und so sind bestimmte Befehle ergangen, alle irgendwie entbehrlichen Truppen aus den Provinzen hierher zu dirigiren. Aus Volo sind 5000 Mann bereits eingetroffen und andere Truppen werden aus Kreta erwartet. In Varna und Schumla befinden sich nach türkischen Versicherungen noch 45 Bataillone.

Der österreichische Botschafter, Graf Zichy, gab vor einigen Tagen zu Ehren des englischen Vizeadmirals Hornby und seiner Offiziere ein glänzendes Bankett. Die Mitglieder der britischen Botschaft und Richter Fawcett nahmen an demselben Theil. Admiral Hornby trank auf das Wohl des Kaisers von Oesterreich und des alten Alliirten Englands. Er sagte, daß England und Oesterreich, durch gemeinsame Interessen eng verbunden, allein im Stande sein würden, Europa aus seiner schwierigen Lage zu ziehen. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen. Graf Zichy trank auf eine „Allianz mit England". — Die Russen verweigern 20,000 Flüchtlingen, welche in den Umgebungen von Varna und Schumla kampiren und nun in ihre Heimath zurückkehren möchten, den Abzug, ehe die beiden Festungen übergeben sind. Die Pforte sträubt sich jedoch noch immer, hierauf einzugehen. Achmed Kaisserli Pascha in Varna hat das Seraskierat darauf aufmerksam gemacht, daß Schumla nur noch auf 25 Tage verproviantirt ist.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 13. Juni. Der Pegelstand am Bodensee ist heute 500 cm, gefallen um 2 cm; in Waldshut 405 cm, gefallen um 13 cm.

⊙ **Mannheim**, 17. Juni. Gestern war, wie ich der „N. B. Ldsz." entnehme, der Verkehr auf der Pferdebahn wieder ein äußerst lebhafter und die Strecke nach Ludwigshafen wurde mit 5, diejenige durch die Stadt mit 3 Wagen befahren. Auf sämmtlichen Linien verkehrten ca. 3200 Personen. Es ist zu hoffen, daß der allgemein geäußerte Wunsch, die Trambahn über den Neckar nach dem neuen Stadttheil weitergeführt zu sehen, baldigst verwirklicht wird. Der letzte in Ludwigshafen Abends abgehende Wagen wartet auf den 10.5 ankommenden Zug.

Konstanz, 17. Juni. Der heurige Fremdenverkehr in hiesiger Stadt hat, wohl in Folge der günstigen Witterung, in der letzten Zeit einen erfreulichen Aufschwung genommen. Während die Zahl der ankommenden Fremden in den ersten Tagen des Juni zwischen 80 und 100 sich bewegte, beläuft sie sich jetzt beinahe täglich auf 200 bis 250.

In der nachbarlichen Schweiz hat in Folge des großen Futterreichthums die Milch und die Butter allerwärts abgeschlagen.

Bekanntlich wurde die Wahl der Stadtverordneten (Klasse der Niederstbesteuerten) angefochten. In der heutigen außerordentlichen Bezirksraths-Sitzung kam diese Wahlanfechtung zur Verhandlung und Entscheidung, welch letztere dahin lautete, daß die Stadtverordneten-Wahl vom 13. Mai d. J. insoweit für ungiltig erklärt wurde, als es die Wahl der beiden mit den wenigsten Stimmen Gewählten (Flaschner Volk und Schreiner A. Rothweiler) betrifft, daß aber in Bezug auf alle übrigen Gewählten der Klasse der Niederstbesteuerten die Einsprache als unbegründet verworfen wurde. Die Wahlen der übrigen Klassen waren nicht angefochten.

Vermischte Nachrichten.

— In einer Versammlung von 100—150 Personen in einem Bräuhause zu Regensburg trat unter andern socialdemokratischen Rednern auch der Handlungsreisende, früher Büchsenmachergehilfe, Konrad Brendel von Stadtamhof auf, zählte u. A. auch auf, wie hoch sich die Civilliste der einzelnen Regenten belaufe, darunter auch die des Königs von Bayern, und schloß seinen Vortrag damit, daß er diese Ausgaben unnütze nannte und sagte: es werde die Zeit kommen, wo man diese Nichtsthuer entfernen werde. Hierin erblickte das kgl. Bezirksgericht Regensburg ein Vergehen der Beleidigung des Landesherrn und verurtheilte den Agitator Brendel zu 2½ Monat Gefängniß. Hiegegen legte Brendel Berufung ein, die jedoch vom k. Appellgericht Nürnberg verworfen wurde, indem dasselbe das vom Untergerichte angenommene Strafmaß als äußerst milde bezeichnete. Es ist nämlich zu erwähnen, daß dieser Apostel der Socialdemokratie in den Jahren 1864 bis 1872 nicht weniger als 13mal wegen Landstreicherei, Arbeitsscheu, Bruch des Aufenthaltsverbots, Bettelns, Polizeistunden-Uebertretung und Ruhestörung, sowie wegen Diebstahls bestraft wurde und daß er in seinem Leumundszeugnisse als ein arbeitsscheuer, der Landstreicherei ergebener und dem fremden Eigenthum gefährlicher Mann bezeichnet wird. Auch war er durch Beschluß des Magistrats Nürnberg bereits auf ein Jahr in der Korrektionsanstalt Bruckberg untergebracht und im Jahr 1867 auf 5 Jahre aus Nürnberg ausgewiesen worden.

— **Dessau**, 12. Juni. Die Familie Nobiling in Anhalt hat den Beschluß gefaßt, den Herzog zu bitten, daß sie den Namen Nobiling gegen einen andern umtauschen dürfe.

— Der längste Mann Berlins ist gegenwärtig ein Portepeefähnrich des erst seit zwei Monaten dort garnisonirenden 3. Garderegiments zu Fuß, welcher binnen Kurzem zum Offizier ernannt werden wird. Derselbe mißt 6½ Fuß und ist nicht etwa spindeldürr, sondern proportionirt gebaut. Sein Erscheinen auf der Straße erregt jedesmal großes Aufsehen, namentlich wenn er sich in Gesellschaft anderer Militärpersonen, welche er bei Weitem überragt, befindet.

— (Das Mikrophon.) Der bekannte Chirurg Sir Henry Thompson zeigte am letzten Samstag vor einem Auditorium von Aerzten die Anwendung des Hughes'schen Mikrophons zur Entdeckung von Steinen in der Blase. Auf dieselbe Art kann die Anwesenheit einer Kugel, eines Knochensplitters oder eines andern fremden Körpers auf dem Grunde einer tiefen Wunde nachgewiesen werden.

— (Eine Schulreise um die Welt.) Am 30. d. wird von Marseille aus ein geographisches Lehrschiff eine instruktive Reise um die Erde beginnen, an welcher die Schüler sich mit einem Honorar von 15- bis 20,000 Francs betheiligen können.

— (Ueber Entzündung der Sicherheits-Streichhölzchen an Steinkohle.) Der britische Marinelieutenant B. A. Muirhead macht in der „Chem. News" darauf aufmerksam, daß die sogenannten „Sicherheits-Streichhölzchen", welche nur durch Streichen an den sie enthaltenden Kästchen zu entzünden sein sollen, sich auch durch Streichen an einem Stück gewöhnlicher Steinkohle in Brand setzen lassen, vorausgesetzt natürlich, daß Hölzchen und Kohle trocken sind. Die verbrennbare Kohle vertritt hier den amorphen Phosphor der gewöhnlichen Reibfläche und dürfte diese Thatsache nach Ansicht des Einsenders nicht allein von allgemeinem Interesse sein, sondern möglicher Weise auch zur Fabrikation von Sicherheits-Streichhölzchen ohne Phosphor führen, was nach einer Bemerkung von A. W. Hofmann wohl auch eine „That" sein würde.

Nachschrift.

† **Berlin**, 17. Juni, Abends. In dem Wahlaufrufe der nationalliberalen Partei heißt es: Unerhörte Frevelthaten sind an dem ehrwürdigen Haupte der deutschen Nation verübt worden. Kummer, Scham und Zorn erfüllen alle Gemüther und werden noch gesteigert durch die in erschreckendem Umfange hervortretenden Zeichen einer weitverbreiteten Verirrung und Verwilderung. In Folge der alle Kulturländer umfassenden Krisis und des orientalischen Krieges liegen noch immer Handel und Gewerbe darnieder. Politische und konfessionelle Kämpfe lähmen die einheitliche Kraft der erhaltenden Elemente. Die politische Organisation des Deutschen Reiches ist noch nicht erstarkt; das Finanz- und Steuersystem harrt der umfassenden Reform. In dieser Lage ergeht die Aufforderung der Reichsregierung an die Nation, auf's neue Vertreter zu entsenden, welche bereit und entschlossen sind, Hilfe zu gewähren im Kampfe gegen die Ausschreitungen der Socialdemokratie. Wir sind überzeugt, daß die große Mehrheit des aufgelösten Reichstages hierbei die Mitwirkung nicht versagt haben würde, welche unsere politischen Freunde schon damals anboten, als der Reichstag sich gezwungen sah, das im letzten Augenblicke vorgelegte Gesetz abzulehnen. Unsere politischen Freunde werden auch in dem neuen Reichstage es als ihre erste Pflicht erachten, der Reichsregierung in der Vertheidigung der Grundlagen gesellschaftlicher Ordnung und staatlicher Sicherheit entschlossen zur Seite zu stehen, und überall wo die aufmerksame und energische Handhabung der bestehenden Gesetze nicht ausreicht, die erforderlichen gesetzlichen Vollmachten und Befugnisse ohne Schwanken zu gewähren. Alle Vorschläge, welche darauf gerichtet sind, in wirksamer Weise auf den Umsturz der bestehenden Rechtsordnung gerichtete Angriffe abzuwehren, ohne die dauernden Garantien der schwer errungenen bürgerlichen Freiheit zu gefährden, werden unsere Unterstützung finden. Wir werden solche Gesetzentwürfe lediglich nach ihrem Wesen und ihrer Wirksamkeit prüfen; gleiche Unbefangenheit setzen wir bei allen Mitwirkenden voraus und zweifeln daher nicht, daß die Einigung der gesetzgebenden Faktoren gelingen werde. — Der Aufruf betont sodann: die Wähler müßten sich erinnern, daß der Nation unentbehrliche dauernde Rechte nicht verloren gehen dürften, daß die wahre Heilung der socialen Krankheit nicht allein von Gesetzen zu erwarten, sondern durch die freie thätige Mitwirkung aller Theile des Volkes bedingt sei. — Der Aufruf gedenkt sodann der weiteren Aufgaben des nächsten Reichstages: es gelte eine planmäßige Steuerreform herbeizuführen, die Handelspolitik des Reiches festzustellen; die nationalliberale Partei verlange ein Finanzsystem, welches die konstitutionellen Rechte der Volksvertretungen wahrt; bei den Zollfragen dürfe nur das allgemeine Interesse des Landes bestimmend sein. Die nationalliberale Partei werde auch in Zukunft ihren bisherigen Grundsätzen treu bleiben.

† **Berlin**, 18. Juni. Der Wahlaufruf der Fortschrittspartei ist nunmehr veröffentlicht; es heißt darin: Die Partei erwartet den bleibenden Sieg der staatserhaltenden Kräfte nur auf dem Boden des gemeinsamen Rechtes und erklärt sich bereit, jede Vorlage der Regierung vorurtheilsfrei zu prüfen, welche Verbesserungen der bestehenden Gesetzgebung in dieser Richtung erstrebt. Die Partei lehnt es ab, den Gegensatz der Klassen, wie ihn die Socialdemokratie thatsächlich aufreizt, gesetzlich anzuerkennen.

† **Berlin**, 18. Juni. Heute findet zwischen den englischen und österreichischen Kongreßbevollmächtigten und dem Grafen Schuwaloff eine gemeinsame Besprechung statt, die sich auf die bulgarische Angelegenheit beziehen dürfte. Es wird dieser gemeinsamen Vorbesprechung Bedeutung beigelegt. Die nächste Sitzung des Kongresses, die in der Beschäftigung mit der bulgarischen Angelegenheit fortfahren wird, findet morgen Nachmittag 2 Uhr statt.

† **Rom**, 17. Juni, Abends. In der Sitzung der Deputirtenkammer stellten mehrere Abgeordnete, darunter Luzzati, eine Interpellation über die Zollfrage. Letzterer widerlegte dabei die Einwendungen des Berichterstatters der französischen Kammer gegen den Handelsvertrag vom 6. Juli 1877 und drückte die freundschaftlichsten Gesinnungen für Frankreich, sowie die Hoffnung aus, daß bald ein Einverständniß zwischen beiden Ländern erzielt werden könne. Hierauf erwidernd, legten der Ministerpräsident und der Finanzminister den Standpunkt der Regierung dar: es sei fortan unmöglich, eine neue Verlängerung des Handelsvertrages zuzugestehen; die Anwendung des allgemeinen Tarifs gegenüber Frankreich stelle sich als absolute Nothwendigkeit heraus. Dagegen könne eine Verlängerung der Schifffahrts-Konvention zugestanden werden. Der Konventionaltarif werde aufrecht erhalten, sei es nun gegenüber denjenigen Staaten, mit welchen Unterhandlungen im Gange seien, sei es gegenüber Staaten, bezüglich welcher Italien durch die Klausel der meistbegünstigten Nation gebunden sei. — Die Interpellanten erklärten sich durch die Antworten der Minister für zufriedengestellt. Morano brachte eine Motion ein, wonach die Regierung aufgefordert werden soll, jede Vertragsverlängerung, sowie alle Unterhandlungen mit anderen Staaten so lange zu sistiren, bis die Verträge mit allen Ländern abgeschlossen werden können. Die Kammer beschloß auf Antrag des Ministerpräsidenten, die Debatte über diese Motion auf 6 Monate zu vertagen.

† **Rom**, 18. Juni. Bei den gestrigen Wahlen wurden 10 Liberale und 2 Klerikale zu Munizipalräthen, 3 Liberale zu Provinzialräthen gewählt.

† **London**, 17. Juni, Abends. Im Oberhause erklärte der Präsident des geheimen Raths Richmond auf Anregung Granville's: das am Freitag vom „Globe" publizirte Memorandum sei von einer Persönlichkeit veröffentlicht, welcher vertrauliche Schriftstücke zugänglich gewesen seien. Die Regierung habe keine Autorisation zur Veröffentlichung ertheilt. Das publizirte Memorandum sei unvollständig und ungenau. Die Regierung werde sobald thunlich eine Darlegung ihrer Politik geben.

Der Strike der Baumwolle-Arbeiter in Lancashire ist fast beendet; die Arbeiter haben in den meisten Fabriken die Arbeit wieder aufgenommen bei einer Lohnreduktion von 10 Prozent.

† **London**, 17. Juni, Abends. Im Unterhause zog Hanbury sein Tadelsvotum gegen Gladstone zurück, da er auch von den Konservativen nicht unterstützt wurde. Gladstone äußerte sich scharf tadelnd über Hanbury's Verhalten.

† **Washington**, 17. Juni. Die Semestralberichte des Departements für Landwirthschaft ergeben, daß die Ausdehnung des für die Baumwollen-Kultur bestimmten Areals sich gegen 1877 um 3 Prozent vermehrte; der Stand der Baumwollen-Ernte war besser als im Vorjahr; der mittlere Stand derselben für alle Staaten stellt sich auf 99 Prozent und war etwa 10 Tage weiter vorgeschritten als im Vorjahre; es zeigten sich wenig Insekten.

× **Wien**, 17. Juni, Abends. Meldungen der „Polit. Korr.": Aus Cattaro. 300 albanesische Baschibozuks überfielen am 15. Juni Morgens die Montenegriner bei Ubla; diese gingen aber bald ihrerseits zum Angriff über und nahmen 30 bis 40 Albanesen gefangen. Eine gemischte Kommission zur Untersuchung dieses Ereignisses soll eingesetzt werden. Die Montenegriner erhielten 4 Bataillone Verstärkung. Der Vorfall dürfte keine weitere Ausbreitung gewinnen. — Aus Konstantinopel. Neuerlich ist eine Schaar griechischer Freiwilliger in Thessalien eingebrochen. Es heißt, die britische Flotte sei heute nach den Prinzeninseln abgesegelt.

× **Paris**, 18. Juni. Nach einer Meldung der „Agentur Havas" aus Skutari reduzirt sich der Kampf auf einen Streit im Innern von Kraina zwischen den Stadtbewohnern und Montenegrinern. Eine Untersuchung ist eingeleitet zur Ermittlung des angreifenden Theils.

Frankfurter Kurszettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 18. Juni, die übrigen vom 17. Juni.)

Staatspapiere.

Deutschl. 4% Reichs-Anleihe	96	**Oesterr. 4% Goldrente**	64⅛
Preußen 4½% Oblig. Thlr.	—	**Oesterr. 5% Papierrente** Zins 4½%	55¼
Baden 5% „ fl.	103	Luxem- 4% Obl. i. Fr. à 28 kr.	97
„ 4½% „ Thlr.	—	burg 4% „ i. Thl. à 105 kr.	—
„ 4% „ fl.	95⅛	Rußland 5% Oblig. v. 1870 £ à 12.	85½
„ 4% „ M.	95¼	„ 5% do. von 1871	82
„ 3½% „ v. 1842 fl.	—	Schweden 4½% do. i. Thlr.	96¾
Bayern 4½% Obligat. fl.	100½	Schweiz 4½% Bern Stts obl.	—
„ 4% „ fl.	—	**N.-Amerika 6% Bonds** 1885r **von 1865**	99½
„ 4% „ M.	—	„ 5% dto. 1904r (10/40r v. 1864)	103
Württemberg 5% Obligat. fl.	103⅞	3% Spanische	14½
„ 4½% „ fl.	101	Volle französ. Rente	111
„ 4% „ fl.	-	4½% **Carlsruher**	—
Nassau 4% Obligationen fl.	96		
Gr. Hessen 4% Obligat. fl.	96¼		
Oesterr. 5% Silberrente Zins 4½%	56⅞		

Aktien und Prioritäten.

Reichsbank	154¼	5% Donau-Dran	56¾
Badische Bank	102	**5% Franz-Josef-Prior.**	—
Deutsche Vereinsbank	75½	5% Kronpr. Rudolf-Prior. von 1867/68	66⅞
Darmstädter Bank	115⅝	5% Kronpr. Rud.-Pr. v. 1869	65⅞
Oesterr. Nationalbank	742	**5% öst. Nordwestb.-P. i. S.**	76⅝
Oesterr. Kredit-Aktien	209¼	5% „ „ Lit. B.	69
Rheinische Kreditbank	81	5% Vorarlberger	64½
Deutsche Effektenbank	111½	5% Ungar. Ostb.-Prior. i. S.	56½
4½% pfälz. Maxbahn 500 fl.	114	5% Ungar. Nordostb. Prior.	—
4% Hess. Ludwigsbahn 250 fl.	71⅝	5% Ungar. Galiz.	58¾
5% öst. Frz. Staatsbahn	227	5% Ungar. Eis.-Anl.	72¾
5% „ Süd-Lombarden	81⅜	5% östr. Süd-Lomb. Pr. i. Fr.	81¼
5% „ Nordwestb.-A.	95	3% östr. Süd-Lomb.-Pr.	48½
5% Rud.-Eisnb. 2. Em. 200 fl.	102½	5% österr. Staatsb.-Pr.	97⅝
5% Böhm. Westb.-A. 200 fl.	151	3% österr. Staatsb.-Pr.	66¾
5% Franz-Josef-Eisenb.	117¾	5% Wien.-Pottendorf-Pr.	—
5% Elisab.-B.-Akt. à 200 fl.	151½	3% Livorn. Pr., Lit. C, D & D,	44⅝
Galizier	220¼	5% Rheinische Hypothekenbank-Pfandbriefe Thlr.	102
5% Mähr. Grenzb.-Pr. i. S.	53⅞	4½% „	96¾
5% Böhm. Westb.-Pr. i. Silb.	81¼	6% Pacific Central	103
5% Elisab. B.-Pr. i. S. 1. Em.	79⅞	6% Südl. Pac. Missouri	81¾
5% dto. „ 2. Em.	—		
5% dto. steuerfr. 1873 „	76¾		
5% do. (Neumarkt-Ried)	73½		

Anlehensloose und Prämienanleihe.

3½% Preuß. Präm. 100 Thl.	—.—	Oestr. 4% 250 fl. Loose v. 1854	101
Cöln-Mindener 100-Thaler-Loose	111¾	„ 5% 500 fl.- „ v. 1860	110½
Bayr. 4% Prämien-Anl.	121¾	„ 100-fl.-Loose v. 1864	253.—
Badische 4% dto.	119⅞	Ungar. Staatsloose 100 fl.	155.—
„ 35-fl.-Loose	137.60	Raab-Grazer 100 Thlr. Loose	72
Braunschw. 20-Thlr.-Loose	82.80	Schwedische 10-Thlr.-Loose	43.80
Großh. Hessische 25-fl.-Loose	—	Finnländer 10-Thlr.-Loose	40.—
Ansbach-Gunzenhaus. Loose	26.60	Meininger 7-fl.-Loose	18.80
		3% Oldenburger 40-Thlr.-L.	114

Wechselkurse, Gold und Silber.

London 10 Pfd. St. 2½%	203.80	Ducaten . . . Mk.	9.52—57
Paris 100 Frcs. 2%	81.10	20-Francs-St. „	16.19—23
Wien 100 fl. östr. W. 4½%	172.80	Engl. Sovereigns „	20.31—36
Disconto . . L. S.	4 %	Russische Imperial „	16.65—70
Holländ. 10-fl.-St. Mk.	16.65	Dollars in Gold „	4.17—20

Tendenz: fest.

Berliner Börse. 18. Juni. Kreditaktien 419.— Staatsbahn 455.50, Lombarden 136.50, Disc. Commandit 127.60, Reichsbank 154.—. Tendenz: ruhig.

Wiener Börse. 18. Juni Kreditaktien 241.80, Lombarden —.—, Anglobank 113.—, Napoleonsd'or 9.37⅝. Tendenz: schwach.

New-York, 18. Juni. Gold (Schlußkurs) 100¾.

☞ Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite II.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Goll in Karlsruhe.

Todesanzeige.

574. Bingen. Nach langem, schwerem Leiden verstarb heute Morgen halb drei Uhr mein guter Gatte

Gustav Vierordt.

Bingen, den 16. Juni 1878.

Frieda Vierordt, geb. Wolff.

Todesanzeige.

582. Wittenweier. Unsern auswärtigen Verwandten und Freunden theilen wir tiefgebeugt die Trauerkunde mit, daß nach einer Mittheilung des kaiserlich deutschen Generalkonsulates in Shanghai unser lieber, unvergeßlicher Sohn und Bruder

Dr. Emil Specht,

Zolldirektor in chinesischen Diensten, in Hankon, wo er, auf der Reise von Ichang nach der Heimath begriffen, schwer erkrankt angekommen war, am 21. März d. J. seiner Krankheit erlegen ist.

Wir bitten um stille Theilnahme.

Wittenweier, den 17. Juni 1878.

Karl Friedrich Specht, Pfarrer.
Hermine Specht, geb. Hoyer.
Hermann Specht, Pfarrer.
Gustav Specht, Rektor.
Karl Specht, Pfarrer,
Julius Specht, Pfarrer.
Max Specht, Kaufmann.

Associé gesucht.

575.1. Ein Material-Geschäft in der Nähe Basels sucht zur Erweiterung des Geschäftes einen Associé oder Commanditär mit einer Einlage von Fs. 40,000—50,000.

Offerten unter Chiffre *H 2261 Q* befördert die Annoncen-Expedition von ***Haasenstein & Vogler*** in ***Basel.***

Zu vermiethen:

Oppenau im Renchthal.

Eine Wohnung nächst dem Bahnhofe, mit drei neu möblirten Zimmern, einer Mansarde, eingerichtete Küche, nebst Keller und Speicher, an eine stille Familie auf längere oder kürzere Zeit. Holz unentgeltlich.

Auskunft ertheilt Spediteur **Fr. J. Mayer** daselbst. 523.2.

Stelle-Gesuch.

580. Ein gut erzogener junger Mensch von 15 Jahren, mit sehr guten Schulkenntnissen, sucht Beschäftigung im Schreibfache bei einer Berrechnung oder einem Notare. Gütige Anträge befördert unter Ch. G. die Expedition dieses Blattes.

Bürgerliche Rechtspflege.

Oeffentliche Aufforderung.

Y.896. Nr. 13,227. Lörrach. Leonhard Braun von Tannenkirch besitzt auf Gemarkung Riedlingen, Gewann Palmenboden, 12 Ar 12 Mtr. Wald neben Joh. Fr. Wenk-Lang beiderseits.

Da sich auf dieses Grundstück bezügliche Einträge in den Grund- und Pfandbüchern nicht vorfanden, werden alle Diejenigen, welche dingliche Rechte, lehenrechtliche oder fideikommissarische Ansprüche an demselben zu haben glauben, aufgefordert, solche

binnen 2 Monaten

dahier geltend zu machen, widrigenfalls solche dem Genannten gegenüber verloren gehen.

Lörrach, den 8. Juni 1878.

Großh. bad. Amtsgericht.
Knörzer.

Y.903. Nr. 8643. Altbreisach. Franz Anton Schneider Wittwe, Maria Eva, geb. Kaltenbach, von Oberbergen besitzt aus der Vermögensübergabe, sowie auf das Ableben ihres Vaters Nikolaus Kaltenbach von da, und ferner aus der Erbschaft auf Ableben der Lehrer Moritz Schill Wittwe, Ursula, geb. Schupp, von Oberbergen nachverzeichnete, auf dortiger Gemarkung gelegene Liegenschaften:

1.
1¾ Mannshauet Acker oben am Dorf, neben Johann Feser und Alexander Grab.

2.
2 Mannshauet Matten im Eichstetter Thal, neben Albert Schupp und Florentine Knöbel.

3.
2 Mannshauet Matten unter dem Badwald, neben Benjamin Keller und Josef Hödle.

4.
6 Mannshauet Wald im Riedleten, neben Egid Schneider und Anton Haumesser.

5.
1½ Mannshauet Wald im Becherbach, neben sich selbst und Vinzenz Gerig.

6.
1½ Mannshauet Reben im Krummengraben, neben Bernhard Gut Wittwe und sich selbst.

7.
3 Mannshauet Matten im Eichstetter Thal, neben Bernhard Gut Wittwe und Leopold Reichenbach.

8.
3 Mannshauet Wald in der kleinen Almend, neben Josef Anton Gut und Vinzenz Reichenbach.

9.
1 Mannshauet Acker außen im Dorf, neben Georg Schill und Josef Anton Gut.

10.
2 Mannshauet Reben im Leh, neben sich selbst und Leo Leber.

Wegen mangelnder Erwerbsurkunden verweigert das Ortsgericht die Gewähr.

Es werden nun alle Diejenigen, welche in den Grund- und Unterpfandsbüchern nicht eingetragene dingliche Rechte, lehenrechtliche oder fideikommissarische Ansprüche an die genannten Grundstücke haben, oder zu haben glauben, aufgefordert, solche

binnen 2 Monaten

dahier geltend zu machen, widrigenfalls solche der neuen Erwerberin gegenüber verloren gehen.

Breisach, den 10. Juni 1878.

Großh. bad. Amtsgericht.
Mößner.

Ganten.

Y.924. Nr. 8407. Breisach.

Die Gant gegen den Nachlaß des verstorbenen Martin Rudmann, Georg Sohn von Wasenweiler, betr.

Alle diejenigen Gläubiger, welche bis zur heutigen Liquidationstagfahrt ihre Forderungen nicht angemeldet haben, werden von der vorhandenen Masse ausgeschlossen.

Breisach, den 1. Juni 1878.

Großh. bad. Amtsgericht.
Mößner.

Y.934. Nr. 8531. Breisach.

Die Gant gegen Amand Weber von Achkarren betr.

Ergeht

I. Ausschlußerkenntniß.

Diejenigen Gläubiger, welche ihre Forderungen bis zur heutigen Tagfahrt nicht angemeldet haben, werden von der vorhandenen Masse ausgeschlossen.

II. Nach Ansicht des § 1060 Pr.O. wird

erkannt:

Die Ehefrau des Gantmanns, Juliana, geb. Bögele, von Achkarren, sei berechtigt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzusondern.

Breisach, den 4. Juni 1878.

Großh. bad. Amtsgericht.
Mößner.
Fackler.

Y.927. Nr. 28,407. Pforzheim.

Ausschluß-Erkenntniß.

In der Gant gegen Theodor Augenstein Eheleute von Dietlingen werden Alle, welche ihre Ansprüche nicht vor oder in der Tagfahrt von heute anmeldeten, von der Masse ausgeschlossen.

Pforzheim, den 14. Juni 1878.

Großh. bad. Amtsgericht.
Birk.

Vermögensabsonderungen.

Y.931. Nr. 3453. Civil-Kammer I. Freiburg. Die Ehefrau des Anton Heckmann, Karoline, geb. Gerber, dahier wurde durch Urtheil vom Heutigen für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzusondern.

Dies wird zur Kenntniß der Gläubiger gebracht.

Freiburg, den 3 Juni 1878.

Großh. bad. Kreis- und Hofgericht.
v. Hillern.
Kretzdorn.

Y.928. Nr. 28,412. Pforzheim.

Die Gant gegen Karl Hartner von Brötzingen betr.

Beschluß.

Gemäß § 1060 P.O. wird die Vermögensabsonderung zwischen dem Gantmann und seiner Ehefrau, Marie, geb. Dittus, ausgesprochen.

Pforzheim, den 13. Juni 1878.

Großh. bad. Amtsgericht.
Birk.

Y 929. Nr. 27,530. Heidelberg.

Die Gant gegen J. Ed. Schirrmacher von Neuenheim betr.

Beschluß.

Auf Antrag der Ehefrau des Gantmanns und gemäß § 1060 der Pr.Ordg. wird

ausgesprochen:

Die Ehefrau des J. Ed. Schirrmacher in Neuenheim wird für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzusondern.

Heidelberg, den 13. Juni 1878.

Großh. bad. Amtsgericht.
Büchner.

Entmündigungen.

Y.920. Nr. 17,390. Offenburg. Mit diesseitigem Erkenntniß vom 23. v. M. wurde Anton Willmann von Reichenbach wegen Geistesschwäche entmündigt und ist Landwirth Valentin Rehm von Reichenbach als Vormund für ihn bestellt.

Offenburg, den 13. Juni 1878.

Großh. bad. Amtsgericht.
Saur.

Erbvorladungen.

Y.936. Freiburg. Mathias Benitz von St. Peter ist am Nachlasse seines am 6. März 1878 verstorbenen Vaters Mathias Benitz, Leibgedingers von St. Peter, erbberechtigt.

Da dessen Aufenthaltsort unbekannt ist, wird derselbe hiemit aufgefordert, sich

binnen drei Monaten

bei dem Unterzeichneten zur Vermögensaufnahme und Theilung zu melden, widrigenfalls die Erbschaft Denen zugewiesen würde, welchen sie zukäme, wenn er zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre.

Freiburg, den 17. Juni 1878.

Der Großh. Notar
B. Schlerath.

545. 2. Soeben erschien:

Anleitung für den Turnunterricht in Knabenschulen.

Von

Alfred Maul,

Direktor der Großh. Turnlehrer-Bildungsanstalt in Karlsruhe.

I. Theil:

Das Lehrverfahren im Turnunterricht.

Zweite, verbesserte und vermehrte Aufl.

Preis 1 Mk. 60 Pf.

II. Theil:

Die Ordnungs-, Frei- und Stabübungen.

Zweite, umgearbeitete und vermehrte Aufl.

Preis 2 Mk. 20 Pf.

Im I. Theil sind die im Turnunterricht zu befolgenden Grundsätze, die zur Belehrung und Aneiferung der Schüler dienlichsten Hilfsmittel, die Kunst des Befehlens, die verschiedenen üblichen Formen der Uebungen und die Methoden ihrer Einübung, die dem Unterricht im Wege stehenden Hindernisse, sowie die Grundzüge eines schulgerechten Lehrplanes in XIV Abschnitten oder 77 Absätzen besprochen. Das Buch ist also gewissermaßen ein Lehrbuch der auf das Turnen angewandten Pädagogik und darum jedem Lehrer, ganz besonders aber denjenigen Turnlehrern zu empfehlen, die nicht in einer Lehrerbildungsanstalt besondere pädagogische Studien gemacht haben. Die zweite Auflage ist wesentlich verbessert und enthält 10 Absätze und 28 Seiten mehr als die erste.

Der II. Theil enthält im 1. Abschnitt einen gedrängten Ueberblick über das Gebiet der Ordnungs-, Frei- und Stabübungen; dann folgt eine reichhaltige Auswahl zweckmäßiger Uebungsbeispiele aus diesen Turnarten, und zuletzt eine genaue Angabe der Vertheilung dieses Uebungsstoffes auf die einzelnen Schuljahre, wobei auch die Beschränkung auf das Sommerturnen, sowie der Unterricht in kombinirten Klassen berücksichtigt ist. Die zweite Auflage bietet den Vortheil eingehenderer Uebungslehre, erweiterter und nur in systematischer Weise geordneter Beispiele, sowie einer verbesserten Bezeichnungs- und Befehlsweise dar. Auch ist eine Vermehrung der Beispiele und die für ältere Schüler geeignete Uebungen eingetreten.

Der III. Theil, die Geräthеübungen enthaltend, wird in Kürze nachfolgen.

Karlsruhe, im Juni 1878.

G. Braun'sche Hofbuchhandlung.

429. 3. Heidelberg.

Krall's Hotel zum Darmstädter Hof,

4 Min. vom Bahnhof, Ecke der Hauptstraße am Bismarckplatz, nahe der neuen Neckarbrücke, erlaubt sich den verehrten Reisenden bei guter und billiger Bedienung bestens zu empfehlen. (29/VI)

Das Soolbad zum Bahnhof in Badisch Rheinfelden

ist wieder eröffnet und empfiehlt sich bestens

577.1. (H 2263 Q) **C. Heymüller.**

576.1. Nr. 2233. Offenburg.

Großh. Badische Staats-Eisenbahnen.

Die Arbeiten zur Vergrößerung des Stationsgebäudes in Legelshurst und Erbauung eines neuen Oekonomiegebäudes sollen im Submissionsweg vergeben werden:

Dieselben sind veranschlagt:

Stationsgebäude:		Oekonomiegebäude:	
1. Grab- und Maurerarbeit	1866 M.	1. Grab- und Maurerarbeit	724 M.
2. Steinhauerarbeit	143 „	2. Steinhauerarbeit	184 „
3. Verputzarbeit	372 „	3. Zimmerarbeit	574 „
4. Zimmerarbeit	1353 „	4. Glaserarbeit	10 „
5. Schreinerarbeit	913 „	5. Schlosserarbeit	50 „
6. Glaserarbeit	324 „	6. Blechnerarbeit	84 „
7. Schlosserarbeit	413 „	7. Anstreicherarbeit	104 „
8. Blechnerarbeit	274 „		
9. Tüncherarbeit	371 „		
10. Tapezierarbeit	59 „		
zusammen	6088 M.	zusammen	1730 M.

Die Submissionsverhandlung findet

Montag den 1. Juli d. J., Vormittags 10 Uhr,

auf dem Geschäftszimmer des Unterzeichneten statt, woselbst auch Pläne, Voranschlag und Bedingungen eingesehen werden können.

Lustragende Uebernehmer wollen bis zu genannter Zeit die nach Prozenten des Voranschlags lautenden Angebote auf die Gesammt- oder Einzeln-Arbeiten für jedes Gebäude schriftlich, versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen, portofrei an den Unterzeichneten einsenden.

Offenburg, den 16. Juni 1878.

Der Großh. Bezirks-Bahningenieur.

Strafrechtspflege.

Ladungen und Fahndungen.

Y.932. Nr. 3425. Mannheim. J. A. S. gegen Franz Oreans von Wiesloch wegen Fälschung, Betrugs und Unterschlagung und gegen Maria Remmel von Mundenheim wegen Beihilfe zur Fälschung und Betrug ist Tagfahrt zur Hauptverhandlung auf

Freitag den 19. Juli d. J.,
Vormittags ½9 Uhr,

anberaumt, zu welcher die an unbekanntem Orte sich aufhaltende Maria Remmel mit dem Anhange vorgeladen wird, daß sie sich vierzehn Tage vor der Hauptverhandlung bei Großh. Amtsgericht Heidelberg zu stellen habe.

Mannheim, den 15. Juni 1878.

Großh. bad. Kreis- und Hofgericht.
Strafkammer.
Heinsheimer.
Dr. Becker.

Verweisungsbeschluß.

Y.923. Nr. 2946. Mannheim.

J. U. S.
gegen
Peter Martinelli von Pieve
wegen Körperverletzung.

Nach Ansicht des § 26 der Gerichtsverfassung, sowie Art. 15—17 des E.G. zum R.St.G.B. und der §§ 205 Ziff. 5 u. 207 der Strafprozeßordnung wird

erkannt:

Peter Martinelli von Pieve, zuletzt Bahnarbeiter in Diedesheim,

sei unter der Anschuldigung:

daß er am 28. April 1878 gegen ½9 Uhr Abends auf der Ortsstraße in Diedesheim den Bahnarbeiter Josef Pfaff von Nordrach mittelst eines Messerstichs, so daß eine Wunde an der rechten Brust und eine etwa sechstägige Arbeitsunfähigkeit bewirkt wurde, vorsätzlich körperlich mißhandelte und an der Gesundheit beschädigte,

wegen vorsätzlicher, mittelst eines Messers verübter Körperverletzung auf Grund der §§ 223, 223a. des R.St.G.B. in Anklagestand zu versetzen und an die Großh. Strafkammer in Mosbach zu verweisen.

Dieses wird dem flüchtigen Angeklagten hiermit eröffnet.

Mannheim, den 18. Mai 1878.

Großh. bad. Kreis- und Hofgericht.
Raths- und Anklagekammer.
Guyet.
Heinrich.

Verm. Bekanntmachungen.

568.2. Königsbach.

Fahrnißversteigerung.

In Folge richterlicher Verfügung werden die zur Gantmasse des Fuhrmann Christian Fränkle in Königsbach gehörigen Fahrnisse, bestehend in allerlei Hausrath, Manns- und Frauenkleidern 2c.,

Mittwoch den 26. Juni d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

in der Behausung des Gantmanns gegen baare Bezahlung versteigert.

Durlach, den 15. Juni 1878.

Der Gerichtsvollzieher:
Mohr.

579. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Vom 1. Juli l. J. an gelangen an Stelle der im internen badischen Gütertarif vom 1. Februar l. J. auf Seite 231 bis 233 vorgesehenen Frachtsätze des Spezialtarifs III. für Steinkohlen und Coaks im Verkehr von Mannheim nach Basel, Waldshut, Schaffhausen, Singen und Konstanz, sowie nach einigen den genannten Stationen vorgelegenen Orten ermäßigte Taxen zur Anwendung, welche in dem dritten Nachtrag zu obigem Tarif verzeichnet sind.

Exemplare des Nachtrags können bei den Güterexpeditionen am Sitze der Bahnämter unentgeltlich in Empfang genommen werden.

Karlsruhe, den 17. Juni 1878.

General-Direktion.

556. Müllheim.

Ankündigung.

In Folge richterlicher Verfügung werden der Adolf Brand's Ehefrau, Melina, geborne Bonain, von Hausbaden, Gemeinde Lipburg, die nachverzeichneten Liegenschaften am

Dienstag dem 16. Juli d. J.,
Mittags 3 Uhr,
im Rathhause in Lipburg,

öffentlich versteigert, wobei der endgiltige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis oder mehr geboten wird.

Beschreibung der Liegenschaften:

1. Ein zweistöckiges Wohnhaus, Scheuer mit Stallung, Schweinställen, Remise, Trotthaus mit Trotte und Schmiedwerkstätte	5000 M.
2. 1 Morgen 3 Viertel 70 Ruthen Feldplatz beim Haus, jetzt Anlagen . .	1600 „
3. 8 Morgen 70 Ruthen Grasgarten, Matten und Wald angrenzend . .	5200 „
4. 1 Viertel 32 Ruth. Matten in der Löchermatt .	250 „
5. 2 Viertel Matten in der Löchermatt	400 „
6. 2 Viertel 36 Ruthen Acker auf dem Brühl . . .	350 „
7. 1 Morgen 2 Viertel Buchwald, der sogenannte Grubwald	275 „
Summa .	13075 M.

Müllheim, den 12. Juni 1878.

Der Vollstreckungsbeamte:
Großh. Notar
Ad. Wingler.

554. Pforzheim.

Liegenschafts-Versteigerung.

In Folge richterlicher Verfügung werden dem Schreiner Wilhelm Steiner in Brötzingen nachbeschriebene Liegenschaften

Mittwoch den 17. Juli d. J.,
Nachmittags 3½ Uhr,

im Rathhause zu Brötzingen öffentlich versteigert, wobei der endgiltige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis oder mehr geboten wird.

Beschreibung der Liegenschaften.

1.	Anschlag M.
1 Ar 68 Met. und 1 Ar 40 Met. Hofraithe und Bauplatz, worauf ein zweistöckiges Wohnhaus steht, mit Balkenkeller, Kniestockfronten, Dachwohnung und Abtrittanbau, nebst besonders stehendem Hintergebäude mit Schreinerwerkstätte, an der Pforzheimerstraße, neben Nikolaus Fischer beiderseits, vornen die Straße, hinten Christian Bechtold, zusammen taxirt sammt Platz zu	15,000
Summa .	15,000

— Fünfzehntausend Mark. —

Hiervon erhält der abwesende Schuldner Schreiner Wilhelm Steiner mit dem Anfügen Nachricht, daß er, wenn er Versteigerung auf Zahlungszieler wünscht, entweder die schriftliche Einwilligung der Gläubiger oder eine vor den letzten acht Tagen vor der Versteigerung nachzusuchende richterliche Verfügung beizubringen habe; ferner, daß etwaige Einwendungen gegen diese und die weiteren Steigerungsbedingungen, sowie gegen die Schätzung vor Ablauf der letzten acht Tage vor der Versteigerung bei Großh. Amtsgericht Pforzheim vorzubringen sind.

Demselben wird zugleich aufgegeben, einen dahier wohnenden Gewalthaber aufzustellen, widrigenfalls alle weiteren Benachrichtigungen mit der gleichen Wirkung, wie wenn sie der Partei eröffnet wären, nur am Sitzungsorte des Gerichts angeschlagen würden.

Pforzheim, den 10. Juni 1878.

Großh. bad. Notar
Unger.

583. 1. Nr. 3887. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Bei unterzeichneter Verwaltung ist die zweite Gehilfenstelle mit einem jährlichen Gehalt von 1000 Mark längstens bis zum 15. Juli d. J. anderweitig zu besetzen.

Bewerber aus der Zahl der Kanzleigehilfen wollen ihre Gesuche unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse längstens innerhalb 8 Tagen anher einreichen.

Karlsruhe, den 18. Juni 1878.

Kath. Stiftungsverwaltung.
Abt.

(Mit einer Beilage.)

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.